



Strategische Überlegungen zur Zukunft der deutschen Sicherheitspolitik

Patrick Keller

Zum Mitnehmen

- Die liberale internationale Ordnung wird derzeit von verschiedenen Akteuren herausgefordert. Deutschland, das in besonderem Maße von ihr profitiert, muss sich für ihren Erhalt und ihre Stärkung einsetzen.
- Deutschland ist auf eine starke westliche Gemeinschaft angewiesen und sollte dem Narrativ westlichen Niedergangs und westlicher Schwäche entgegensteuern.
- Im Umgang mit Herausforderern der liberalen Ordnung sind militärische Stärke und diplomatische Konfliktlösung kein Widerspruch. Im Gegenteil: Glaubwürdige militärische Optionen stärken Deutschlands diplomatische Position und somit die Möglichkeit, politische Lösungen zu erwirken und Kompromisse zu finden.
- Die Strukturen des außen- und sicherheitspolitischen Apparats der Bundesrepublik müssen weiterentwickelt werden, um die doppelte Herausforderung von kontinuierlichem Krisenmanagement und langfristiger strategischer Handlungsfähigkeit zu bewältigen.

INHALT

2 | 1. Liberale Ordnungsstrukturen stehen weltweit unter zunehmenden Druck.

3 | 2. Der Westen befindet sich in einer Krise des Selbstvertrauens und bringt wenig Gestaltungswillen auf.

4 | 3. Deutschland ist besonders gefordert, mehr Verantwortung für die Stabilisierung des liberalen internationalen Systems zu übernehmen.

5 | 4. Die deutsche Sicherheitspolitik muss sich an einem primären strategischen Ziel und zwei parallelen Schlüsselaufgaben ausrichten.

6 | 5. Empfehlungen

Die größte sicherheitspolitische Bedrohung besteht in der allmählichen Auflösung liberaler internationaler Ordnung.

Auch mehr als ein Jahr später klingt die Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz noch nach: Seine Forderung nach größerem Engagement Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik stieß angesichts der Krisen in Osteuropa und Nahost auf besondere Resonanz. Beide Krisen sind noch ungelöst, und es gibt allen Grund anzunehmen, dass Deutschland in den kommenden Monaten vor weitere Herausforderungen gestellt werden wird. Daher stellt dieses Papier einige zugespitzte Reflexionen über die strategische Lage des Landes zur Debatte – in der Hoffnung, dass sie zu einer kreativen und problemlösungsorientierten Außenpolitik beitragen.

1. Liberale Ordnungsstrukturen stehen weltweit unter zunehmendem Druck.

Russische Aggression in der Ukraine, islamistische Terrorfeldzüge in Syrien und im Irak, chinesische Muskelspiele und territoriale Ambitionen in Asien-Pazifik, iranisches Drängen auf die nukleare Option – so unterschiedlich diese prägenden Konflikte und Krisen der vergangenen Monate im Einzelnen auch sein mögen, ihnen allen ist gemeinsam, dass revisionistische Akteure die Regeln der etablierten Ordnung herausfordern.

Die etablierte Ordnung geht im Kern auf das liberale internationale System zurück, das nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich durch die USA geschaffen, in der Charta der Vereinten Nationen kodifiziert und seitdem durch amerikanische Vormacht geschützt und nach dem Zerfall der Sowjetunion im Prinzip weltweit durchgesetzt wurde.

Heute befinden wir uns in einer Phase, in der autoritäre Regime und fanatische nicht-staatliche Akteure sich mit zunehmender Kühnheit gegen dieses „Ende der Geschichte“ wehren. Sie sind allesamt (bislang) zu schwach, um neue Ordnungsstrukturen bedeutender Reichweite zu erschaffen, und ihre alternativen Modelle sind gegenüber dem demokratisch-marktwirtschaftlichen Modell – ungeachtet weitverbreiteter Kulturkritik – nicht mehrheitsfähig. Aber diese Akteure spüren die derzeitige Schwäche des Westens und drängen unter geschickter Ausnutzung ihrer jeweiligen Mittel (vom klassischen zwischenstaatlichen Krieg über hybride Kriegführung und Terrorismus bis zu wirtschaftlich-ressourcenpolitischem Druck) in die durch westliche Zurückhaltung entstehenden Freiräume.

Was sicherheitspolitisch droht, ist daher weniger die spektakuläre militärische Niederlage, als die allmähliche und sukzessive Auflösung verlässlicher liberaler Ordnung. Überall, wo Recht und Freiheit eingeschränkt und substituiert werden, erwächst Deutschland und seinen Verbündeten ein strategisches Problem. Denn ohne freiheitliche Demokratie, Marktwirtschaft und Herrschaft des Rechts blühen Gewalt, Korruption und Unmenschlichkeit – denkbar schlechte Voraussetzungen für einen bequemen Status quo, wie ihn Handelsnationen wie Deutschland schätzen. Von der moralischen Verantwortung, sich für diejenigen Menschen einzusetzen, die unter illiberalen Bedingungen leben müssen, noch ganz abgesehen.

2. Der Westen befindet sich in einer Krise des Selbstvertrauens und bringt wenig Gestaltungswillen auf.

Die am liberalen Status quo der internationalen Ordnung interessierten Mächte des Westens treten den revisionistischen Kräften derzeit nicht mit Entschiedenheit entgegen – was diese wiederum ermutigt und attraktiver erscheinen lässt. Der Grund für die mangelnde Entschlossenheit des Westens liegt in seinem geringen Zutrauen in seine eigene Gestaltungskraft, das den politischen Willen zu handeln lähmt. Die wenig befriedigenden Erfahrungen westlicher Machtprojektion im Irak und in Afghanistan tragen ebenso zu dieser Selbstvertrauenskrise bei wie die Nachwirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise.

Die derzeitige Zurückhaltung des Westens gilt als kluge Selbstbeschränkung, ermuntert jedoch Herausforderer und mindert eigene Gestaltungsfähigkeit.

Konfrontiert mit krisenhaften Herausforderungen neigen westliche Entscheidungsträger heute daher dazu, die Grenzen des eigenen Engagements und der eigenen Möglichkeiten zu betonen. Sie üben sich in Bescheidenheitsrhetorik und warnen vor übergroßen Ambitionen – und bemänteln das mit dem Anspruch auf politische Klugheit, weil man so die vermeintlichen Fehler aus Irak, Afghanistan und Libyen nicht wiederhole. Mit dieser Haltung gehen die konsequente Überschätzung der gegenwärtigen und perspektivischen Stärke aufstrebender Staaten (BRICS) und die zeitgleiche Untertreibung der eigenen dauerhaften Vorteile einher.

Dieser psychopolitische Reflex auf die vermeintliche Überdehnung der Bush-Jahre wird besonders deutlich in der Politik des strategischen Rückzugs der Regierung Obama. Der Abzug amerikanischer Kampftruppen aus Irak und Afghanistan, die Slogans von „nation-building at home“ und „leading from behind“, die historischen Einschnitte in den amerikanischen Verteidigungsetat, der beschämende Tanz um „rote Linien“ in Syrien, die Ankündigung einer „Neuausrichtung“ nach Asien-Pazifik, die sich zumindest militärisch bislang nicht ergeben hat – die Liste der kontroversen sicherheitspolitischen Entscheidungen Barack Obamas ist lang und ließe sich mühe-los fortsetzen.

In der Summe ergeben diese Entscheidungen das Bild einer globalen Ordnungsmacht, die immer weniger gewillt ist, die Kosten für die Stabilität des internationalen Systems zu tragen. Verbündete in Asien-Pazifik, (Ost-)Europa und Nahost äußern immer unverhohlener ihre Zweifel an der Zuverlässigkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien, während sich Störer der internationalen Ordnung von den mit großer Brutalität erreichten Zielen Assads und Putins ermutigt fühlen können.

Aus deutscher Sicht besonders ernüchternd ist, dass die Europäische Union sich keineswegs in der Verfassung zeigt, wenigstens für ihr eigenes strategisches Umfeld diese amerikanische Zurückhaltung zu kompensieren. Schuldenkrise, souveränitätspolitische Vorbehalte der Mitgliedstaaten und strukturelle Komplexität verhindern immer noch eine kraftvolle weltpolitische Rolle der EU. Schlimmer noch: Die führenden strategischen Akteure – Großbritannien und Frankreich – sehen sich durch eigene wirtschaftliche und strukturelle Krisen zu einer vergleichsweise zurückhaltenden internationalen Rolle gezwungen. In der Folge haben die Europäer in den jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Nahost zwar mäßigend gewirkt, aber keineswegs ihre Zielvorstellungen gegen die revisionistischen Akteure durchsetzen können. Wie auch, wo durchgehend unklar blieb, welches strategische Ziel „Europa“ letztlich in seinen östlichen Regionen und an seiner Südflanke verfolgt.

3. Deutschland ist besonders gefordert, mehr Verantwortung für die Stabilisierung des liberalen internationalen Systems zu übernehmen.

Deutschland sehnt sich nicht nach einer neuen Rolle in der internationalen Politik, und schon gar nicht nach mehr sicherheitspolitischer Verantwortung. Die Reaktionen auf die Rede Gaucks in Deutschland haben sehr deutlich gemacht, dass nach wie vor die typischen Vorbehalte greifen, die man zusammenfassend als „übererfolgreiche Umerziehung“ durch die Alliierten bezeichnen kann. Auch ist nicht zu unterschätzen, welche Folgen es für die strategische Kultur eines Landes hat, mehr als vier Jahrzehnte lang von der Verantwortung für das eigene Überleben weitgehend entbunden worden zu sein.

Und dennoch ist die neue Rolle unausweichlich, weil Deutschland an relativer Macht gewonnen hat. Seit ihrem Beginn im Jahr 2008 hat Deutschland die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise besser gemeistert als jeder andere europäische Staat. Gerade im Vergleich zu den Krisen der großen europäischen Partner, Großbritannien und Frankreich, steht Deutschland wirtschaftlich ausgezeichnet da. Andere Faktoren wie Bevölkerungsgröße, geographische Lage und politische Stabilität flankieren diese wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Eine Vormachtstellung, die für die Exportnation Deutschland vor allem auf einem stabilen Europa und einem stabilen liberalen internationalen System gründet. Der „Globalisierungsgewinner“ Deutschland profitiert in überproportionalem Maße von diesem System, das überdies unsere Wertvorstellungen – Rechtsstaatlichkeit, universale Menschenrechte etc. – widerspiegelt und begünstigt.

Es ist Deutschlands Spider-Man-Doktrin: „With great power comes great responsibility.“ Wer viel Einfluss hat, hat auch die Pflicht, ihn verantwortungsbewusst zu nutzen. Das fordern Deutschlands Verbündete, und das verlangen sich die deutschen Eliten inzwischen auch selbst ab. Führungsstärke soll sich dabei nicht länger auf die Felder der Wirtschafts- und EU-Integrations-Politik beschränken, sondern auch in der internationalen Politik gezeigt werden. Der Review-Prozess Außenminister Steinmeiers und der gerade begonnene Weißbuch-Prozess Verteidigungsministerin von der Leyens weisen dabei in die richtige Richtung: „Führung“ wird hier nicht als unilateraler Sonderweg verstanden, sondern als Aufzeigen von Lösungswegen, der Bereitstellung notwendiger Mittel und der Überzeugung von Partnern, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Soweit die Prosa. In der Praxis wird „Führung“ einen Dreischritt erfordern: die klare Artikulation eigener Interessen; die Bereitschaft, zu ihrer Durchsetzung auch schmerzhaft und kostspielige Entscheidungen zu treffen, zu erklären und durchzusetzen; die Fähigkeit, gegebenenfalls auch Kritik und Widerspruch Verbündeter auszuhalten. Vereinzelt ist dies bereits geschehen, aber eingeübt hat die deutsche Sicherheitspolitik bislang nichts davon. Auf dem Weg dahin empfiehlt sich die Orientierung an einem Primärziel und zwei Schlüsselaufgaben.

Aus großer Macht erwächst große Verantwortung.

4. Die deutsche Sicherheitspolitik muss sich an einem primären strategischen Ziel und zwei parallelen Schlüsselaufgaben ausrichten.

a) Das primäre strategische Ziel deutscher Sicherheitspolitik muss die Stärkung globaler Stabilität durch die Festigung des Westens sein.

Die liberale internationale Ordnung ist eine westliche Erfindung. Sie kann nur überdauern, wenn sich auch aufstrebende nicht-westliche Staaten als *stakeholder* mit diesem System identifizieren und es unterstützen. Das erfordert aber nicht nur maßvolle Reformen zur fairen Einbindung dieser neuen Machtzentren, sondern vor allem einen starken, einigen und selbstbewussten Westen, der die Grundprinzipien dieser Ordnung verteidigt und durchsetzt.

Die Stärke des Westens wird an der Vitalität seiner wichtigsten internationalen Institutionen deutlich: der NATO und der EU. Es ist daher im nationalen Interesse, die Förderung beider Institutionen zum Kern deutscher Außenpolitik zu machen. Der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten, ihr Gestaltungswillen im globalen Kontext und ihre strategische Ausrichtung sind dabei die wichtigsten Felder, auf denen Deutschland durch Kreativität und Einsatzbereitschaft Führung beweisen sollte.

Im engeren sicherheitspolitischen Sinne versteht sich von selbst, dass die NATO Vorrang gegenüber der EU genießen muss – allein schon aufgrund der transatlantischen Dimension und der unvergleichlich glaubwürdigeren Abschreckungsleistung. Aber auch eine Politik der „NATO First“ lässt noch viel Raum zur notwendigen Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz der Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Die Festigung des Westens und seiner Institutionen wird nicht gelingen ohne eine Abkehr von der Verliebtheit in das Narrativ der eigenen Schwäche und des Niedergangs. Gerade Deutschland stünde es gut zu Gesicht, dem eine realistischere Erzählung entgegenzusetzen. Sie müsste von der typisch westlichen Kraft zur Selbsterneuerung handeln, von der fundamentalen Resilienz und Kreativität unserer liberalen Gesellschaften und den Möglichkeiten, die unser beachtlicher Reichtum uns eröffnet – wenn wir ihn unter kluger Bereitschaft zum Verzicht zum Zwecke einer besseren Zukunft für unsere Kinder einsetzen. Und sie dürfte von den wachsenden sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Problemen in autoritären Staaten wie Russland, China und anderen nicht schweigen. Unser Modell ist nicht perfekt, aber es muss keine Herausforderung fürchten – der strategische Rückzug des Westens ist selbstgewählt und reversibel.

b) Die erste Schlüsselaufgabe deutscher Sicherheitspolitik liegt im verbesserten Krisenmanagement.

Die Krisen in der Ukraine und Syrien/Irak bleiben dringlich. Neu ist an dieser Situation, dass bundesdeutsche Strategen und Krisenmanager erstmals gleichzeitig in zwei geographische Richtungen schauen müssen. Während im Kalten Krieg der Blick nach Osten (Eindämmung Sowjetkommunismus) das strategische Denken dominiert hat, lag der Fokus seit den 1990er Jahren auf dem Balkan und dem Mittelmeerraum. Jetzt muss beides simultan bearbeitet werden. Hinzu kommt, dass beide Konflikttypen unterschiedlich sind – hier ein quasi-klassischer zwischenstaatlicher Krieg, dort Aggression nicht-staatlicher Akteure.

Die Festigung des Westens muss das strategische Ziel der deutschen Sicherheitspolitik sein. Konkret heißt das für Deutschland, NATO und EU zu stärken.

Dem westlichen Narrativ der eigenen Schwäche und des Niedergangs muss eine Betonung der Kraft zur Selbsterneuerung entgegengesetzt werden.

Deutschland muss lernen, mit mehreren sehr verschiedenen Krisen gleichzeitig umzugehen.

Diese doppelte Herausforderung stellt die deutsche Sicherheitspolitik vor eine neuartige strategische Aufgabe. Es darf bezweifelt werden, dass sie darauf institutionell und intellektuell ausreichend vorbereitet ist. Die geplante Schaffung einer neuen Abteilung im Auswärtigen Amt für Krisenprävention, -bewältigung und -nachsorge ist ein begrüßenswerter Schritt, dem weitere folgen müssen.

Grundsätzlich gilt trotz aller Notwendigkeit der verbesserten Krisenprävention: Wir werden auch in Zukunft von Krisen und Konflikten „überrascht“ werden. Kosovo, Afghanistan, Libyen – keine der wichtigsten militärischen Operationen der NATO ist auch nur sechs Monate vor ihrem Beschluss vermutet worden. Trotz aller Anstrengungen wird dies auch zukünftig die Regel sein. Zugleich wird, in den Worten Minister Steinmeiers, „die Krise eher der Normalfall sein in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren“. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland im Moment des Krisenausbruchs die zur raschen Krisenbewältigung erforderlichen politischen, diplomatischen und militärischen Fähigkeiten vorhält.

Die Krise als
Normalfall.

c) Die zweite Schlüsselaufgabe deutscher Sicherheitspolitik liegt in der Verbesserung ihrer langfristigen strategischen Handlungsfähigkeit.

Akute Krisen werden weiterhin den Großteil des Tagesgeschäfts bestimmen. Aber auch wenn Zeitpunkt, Ort und Art der nächsten Krisen unvorhersehbar sind, muss Deutschland sich in die Lage versetzen, bei ihrem Ausbruch angemessen reagieren zu können. Das erfordert eine systematische und tiefgründige strategische Planung. Die Frage „Was ist zu tun, falls xyz geschieht?“ muss die deutsche Politik, die Regierung und die Beratungsinstitute mehr beschäftigen als bislang.

Beispiele für nicht unwahrscheinliche Szenarien, die unsere Sicherheit (un-)mittelbar betreffen würden, lassen sich leicht finden: Was ist zu tun, falls die chinesische Führung an ihren Widersprüchen scheitert? Was ist zu tun, falls neuerlich Gewalt zwischen den verfeindeten Nuklearmächten Indien und Pakistan ausbricht? Was ist zu tun, sollte der Iran allen Verhandlungen zum Trotz eine Nuklearwaffe erlangen? Was ist zu tun, falls die schwelenden Stellvertreterkriege zwischen Iran und Saudi-Arabien um die regionale Vorherrschaft weiter eskalieren? Was ist die Vision Europas für eine stabile und freiheitliche Region Nordafrika/Mittelost, und wie kann Deutschland zu ihrem Gelingen beitragen?

Kurzfristig erfolgreiche
Krisenbewältigung
erfordert langfristige
Vorbereitung und
strategisches Denken.

Über solche Fragen systematisch nachzudenken, Antworten zu skizzieren, Prioritäten zu setzen und notwendige Fähigkeiten abzuleiten und zu entwickeln – all das wird Deutschland in Zukunft nicht mehr nur seinen Verbündeten überlassen können. Stattdessen wird Deutschland im Bündnis und in der EU die gemeinsame Befassung mit diesen Fragen vorantreiben müssen, um die Gestaltungskraft des Westens zu wahren.

5. Empfehlungen

Um die genannten Aufgaben zu bewältigen, muss sich die deutsche Sicherheitspolitik weiterentwickeln. Dabei sollten folgende sieben Aspekte berücksichtigt werden und als Anregung dienen.

a) Das Mantra, es gebe in der jeweils aktuellen Krise „keine militärischen Lösungen“, gehört eingemottet. Zum einen ist es schlicht falsch: Präsident Putin erzielt durch den Einsatz militärischer Gewalt in der Ukraine durchaus „Lösungen“ in seinem Sinne. Dass er mit seinem Vertrauen in die Nützlichkeit militärischer Stärke – so sehr viele Deutsche das als „Denken des 19. Jahrhunderts“ empfinden mögen –

Militärische Stärke trägt zu politischen Lösungen bei.

nicht alleine steht, zeigen auch die erheblichen Rüstungsanstrengungen Chinas und anderer Staaten.

Zum anderen ist das Mantra irreführend, da es suggeriert, nur weil militärische Mittel allein keine politische Lösung erzielen können, sei das Militär grundsätzlich nutzlos oder zumindest von nachrangiger Relevanz. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Nur wenn sie mit glaubwürdiger militärischer Stärke unterlegt ist, kann die Diplomatie in der Auseinandersetzung mit strategischen Gegnern erfolgreich sein. Wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt: „Streitkräfte sind Grundlage des Selbstbehauptungswillens und der Verteidigungsbereitschaft der Nation.“

Deswegen muss Deutschland seine militärischen Fähigkeiten modernisieren, ausweiten und besser mit denen seiner Verbündeten und Partner verknüpfen.

b) Die deutsche Debatte über den Einsatz militärischer Mittel zur Krisenbewältigung krankt an einer eigentümlichen Bipolarität. Militärisches Eingreifen wird meist gleichgesetzt mit massivem kriegerischen Engagement und unkontrollierbarer Eskalation. Aus gutem Grund schrecken Entscheidungsträger und Öffentlichkeit davor zurück und plädieren für nicht-militärische Optionen. Die Handlungsalternativen bestehen aber nicht, überspitzt gesagt, zwischen Atomkrieg und Nichtstun. Über die vielen Graustufen dazwischen wird zu wenig und zu schlecht informiert gesprochen. Vom Informationsaustausch über die Unterstützung bei Verteidigung im Cyberspace bis hin zu Waffenlieferungen und der Durchführung von Spezialoperationen gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, einen Konflikt mit militärischen Mitteln im eigenen Interesse zu beeinflussen – ohne automatisch Eskalation und offene Kriegführung zu provozieren.

Aktive Militärs sollten sich stärker an der öffentlichen Debatte über Sicherheitspolitik beteiligen (dürfen).

Über diese Optionen muss genauer nachgedacht und politisch gestritten werden. Dazu wäre auch eine stärkere Präsenz von aktiven Militärs in der öffentlichen Debatte wünschenswert, weil sie mit besonderer Autorität über Möglichkeiten und Risiken einer breiten Palette militärischer Optionen aufklären können.

c) Der technologische Fortschritt ändert die Art der militärischen Konfliktaustragung. In Ansätzen wird das schon diskutiert, zum Beispiel im Zusammenhang mit Drohnen und Cybersicherheit. Aber auch die Konsequenzen aus neuen Entwicklungen im Bereich der Robotik, Miniaturisierung, Biotechnologie oder des 3-D-Drucks sollten auf ihre strategischen Implikationen hin durchdacht werden. Um technikfeindlicher Panikmache und kaltblütigem Missbrauch gleichermaßen vorzubeugen, braucht es eine ebenso fachkundige wie öffentliche Debatte.

d) Nuklearwaffen und ihre strategische Bedeutung gewinnen wieder an Relevanz. Die Ukraine-Krise hat eine Wiederbelebung der Abschreckungspolitik der NATO gegenüber Russland notwendig gemacht. Das vorläufige Ergebnis, der Readiness Action Plan (RAP), hat zwar ausschließlich konventionelle militärische Komponenten (und wird deswegen von manchen Nuklearstrategen CRAP geheißen), macht aber doch deutlich, dass die NATO als nukleare Allianz in ihrer Abschreckung in letzter Konsequenz auf atomare Kapazitäten baut. Das ist gerade angesichts der russischen Investitionen ins Nukleardispositiv unverzichtbar.

Zudem hat die Krise durch den Bruch des Budapester Memorandums (in dem sich die Ukraine 1994 im Gegenzug für die Anerkennung ihrer territorialen Integrität – einschließlich Krim – durch Russland und andere bereiterklärte, ihre Nuklearwaffen aufzugeben) neue Anreize für den Besitz von Nuklearwaffen geschaffen. Zumindest dürfte sie Staaten, die im Besitz solcher Waffen sind, nicht ermutigen, sie gegen vertragliche Zusicherungen einzutauschen.

Nachdem Nuklearstrategie sich in den vergangenen Jahren vor allem auf „Global Zero“, das mögliche Ende der nuklearen Teilhabe und ähnliche abrüstungspolitische Initiativen beschränkt hat, ist daher nun wieder eine ernsthafte Befassung mit dem politischen Nutzen von Nuklearwaffen und den Auswirkungen ihrer Verbreitung vonnöten.

Es bleiben aber viele offene Fragen über Zustand, politischen Nutzen und Einsatzbedingungen westlicher Nuklearwaffen (Stichwort: Eskalationsdominanz). Das Nachdenken über diese strategischen Fragen befindet sich – ungeachtet einigermaßen obskurer Dokumente wie der *Defense and Deterrence Posture Review* der NATO von 2012 – im Winterschlaf.

Deutschland verfügt über keine eigenen Nuklearwaffen, ist aber über die Teilhabe und die NATO-Verpflichtungen in diese Fragen eingebunden. Angesichts seiner wachsenden Verantwortung muss Deutschland auch auf diesem Feld Ideen und Haltung entwickeln. Schon der Blick auf die Versteppung der deutschen Hochschullandschaft im Bereich Strategische Studien zeigt, wie viel da zu tun ist.

e) Der regionale Fokus der deutschen Sicherheitspolitik muss naturgemäß auf Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft liegen. Dennoch muss Deutschland über den eigenen Tellerrand hinausschauen, weil es ein herausragendes Interesse an globaler Stabilität hat und (gemeinsam mit Verbündeten und Partnern) auch die Möglichkeiten, dazu Beiträge zu leisten. Wünschenswert wären daher spezifische sicherheitspolitische Strategien für den afrikanischen Kontinent und Asien-Pazifik. Diese Regionen dürfen nicht länger vornehmlich durch die entwicklungspolitische oder handelspolitische Brille betrachtet werden. Ihre strategische Bedeutung für das Wohlergehen Deutschlands nimmt zu.

f) Die Regierungsinstitutionen der deutschen Sicherheitspolitik müssen sich an die veränderte Lage anpassen. Angesichts des zunehmend auf die Spitze der Exekutive gerichteten Augenmerks ist es verblüffend, dass die Abteilung für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Bundeskanzleramt nur knapp 30 Mitarbeiter zählt – einschließlich Sachbearbeiter, Vorzimmer etc. Zum Vergleich: Der Nationale Sicherheitsrat des amerikanischen Präsidenten zählt über 350 Mitarbeiter.

Größe allein sagt offensichtlich nichts über die Qualität der Entscheidungen aus. Aber es ist auch klar, dass ein so ausgestattetes Kanzleramt nur eingeschränkt wirken kann. Zugleich hat das Auswärtige Amt seinen außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch in Zeiten revolutionärer Informations- und Kommunikationstechnologie verloren, zumal viele Ministerien (und der Bundestag) nun auch als außenpolitische Akteure auftreten. Im Sinne einer kohärenten Sicherheitspolitik ist daher über eine Stärkung des Bundeskanzleramtes und die alte Idee eines reformierten Bundessicherheitsrates nachzudenken.

Ferner benötigen alle sicherheitspolitisch relevanten Ministerien, also insbesondere AA, BMVg, BMZ und BMI echte Planungsstäbe, die von den Dringlichkeiten des Tagesgeschäfts befreit über langfristige strategische Fragen nachdenken können und dazu auch externe Experten und den öffentlichen Diskurs einbinden. In dieser Hinsicht kann der von Thomas Bagger geleitete Planungsstab im Auswärtigen Amt mit dem Review-Prozess und der Kooperation mit SWP und GMF zu „Neue Macht, Neue Verantwortung“ auf einige vorbildliche Initiativen verweisen.

Deutschland muss angesichts der wieder wachsenden Bedeutung von Atomwaffen mehr Kompetenz auf dem Feld der Nuklearstrategie entwickeln.

In Ministerien, Kanzleramt und Bundestag muss (noch) mehr außenpolitisch-strategische Expertise kultiviert werden.

g) Die Rolle des Bundestages bleibt zentral in der deutschen Sicherheitspolitik: als Kontrollinstanz, Ideengeber und Transmissionsriemen zwischen Entscheidern und Öffentlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass sich die gestiegene Bedeutung Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik auch im Parlament niederschlägt. De facto jedoch haben alle Fraktionen Schwierigkeiten, eine angemessene Zahl von engagierten und kundigen Abgeordneten aufzubringen. Der Irrtum, dass man mit Außenpolitik keine Wahlen gewinne, und die Wahrheit, dass sicherheitspolitische Fragestellungen der „wohlwollend desinteressierten“ Öffentlichkeit besonders schwierig zu vermitteln sind, hinterlassen Spuren in der deutschen Parteienlandschaft. Es ist eine strategische Aufgabe für die Führung der Parteien, entsprechende Expertise zu kultivieren und zu protegieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-117-0

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

*Bildvermerk Titelseite:
By Thomas Quine
[CC BY-2.0,
via <https://www.flickr.com/photos/quinet/6952861796/>]*